

Dipl.-Hdl. Dr. Dieter Winkelmann
Verbandsdirektor
Leiter der Sparkassenakademie Bayern

Entwicklung und Bedeutung der Berufsschule in Bayern

Festvortrag zum 100-jährigen Bestehen der Berufsschulen I und II in Landshut

Die staatliche Berufsschule I und die staatliche Berufsschule II in Landshut blicken in diesem Jahr auf eine 100-jährige Geschichte zurück - Grund genug, allen Beteiligten ganz herzlich zu diesem grandiosen Jubiläum zu gratulieren. Es ist mir eine Ehre, aus diesem Anlass einige Worte zu Entwicklung und Bedeutung der Berufsschulen an Sie richten zu dürfen. Ich habe die Aufgabe mit großer Freude übernommen, zumal die Landshuter Berufsschulen gute Beispiele für die herausragenden pädagogischen, wirtschaftlichen und damit insgesamt gesellschaftlichen Potenziale der beruflichen Bildung darstellen, aber ebenso Beispiele für das langjährige berechtigte und auch heute noch nicht vollständig erfolgreiche Bemühen der Berufsbildung um Anerkennung als gleichwertige Bildungsform neben der traditionellen sog. Allgemeinbildung.

Wenn die Landshuter Berufsschulen heute ihr 100-jähriges Bestehen feiern, so ist das fast ein Ausdruck der Bescheidenheit. Denn die Anfänge schulischer Berufsbildung in Landshut reichen sogar mehr als 200 Jahre zurück. Bereits 1788 errichtete der aus Eggenfelden stammende Andreas Forster in Landshut eine Sonn- und Feiertagsschule für Gesellen und Lehrjungen. Es war nicht nur die erste Sonntagsschule Niederbayerns, sondern überhaupt die erste gewerblich orientierte Schule dieser Art in Bayern. Die von Forster gegründete Sonntagsschule war wohl besonders erfolgreich, denn sie diente als Vorbild für weitere Gründungen, z. B. fünf Jahre später in München. Die Entwicklung des berufsbezogenen Fortbildungsgedankens erhielt dadurch wegweisende Akzente, die sich in Bayern nicht zuletzt durch das bildungspolitische Wirken des Grafen v. Montgelas nachhaltig verstärkten. Im Zuge der umfassenden staatspolitischen Reformen jener Zeit, in denen der Staat sich zunehmend als „Kulturstaat“ sah und darin auch die Zuständigkeit für das Bildungswesen stärker an sich zog, wurden die Unterrichtsfächer in den Schulen in Richtung der Grundsätze „Brauchbarkeit“ und „Gemeinnützigkeit“ ausgeweitet. Vor diesem Hintergrund erfuhr die berufsbezogene Bildung eine bis dahin nicht gekannte Aufwertung. So wird das Jahr 1803 vielfach als das „Geburtsjahr“ der beruflichen Schulen in Bayern angesehen; denn in diesem Jahr wurden mit der „Allerhöchsten EntschlieÙung, die Sonn- und Feiertagsschulen betreffend“ alle bayerischen Städte, Märkte und Pfarrdörfer verpflichtet, Sonn- und Feiertagsschulen einzurichten.

Die Tradition des staatsbürgerlichen Bildungsauftrages - wie ihn später Kerschensteiner für die Berufsschule formulierte - geht weit zurück und bestimmte bereits Montgelas' Überlegungen, wenn er sagte: „Es ist heute bewiesen, dass es die krasse Unwissenheit der Bevölkerung und nicht die vernünftige und dem Stande eines jeden angemessene Bildung ist, die Revolutionen macht und Reiche umstürzt.“

Dies erklärt vielleicht den Eifer, mit dem das aufklärerische Bildungsprogramm Montgelas' zunächst umgesetzt wurde. Auch König Ludwig I. knüpfte an dieser liberalen Politik an, verfolgte aber in Sorge um revolutionäre Tendenzen schon bald eine konservativere Bildungspolitik, geprägt vom „Primat der religiösen Erziehung“, den er übrigens den Kontakten mit seinem Lehrer Johann Michael Sailer an der Universität Landshut verdankte. Entsprechend der Pädagogik von Johann Michael Sailer wurden die vorangegangenen inhaltlichen Neuerungen Montgelas' nun gründlich revidiert und in einer ministeriellen EntschlieÙung von 1836 wurde angeordnet, alles was sich an naturwissenschaftlich-technischen Inhalten „...in die deutschen Schulen eingeschlichen hatte, aus denselben zu verbannen und ausdrücklich zu verbieten...“.

Trotz dieser bildungspolitischen Gegenbewegung im Staate war die Entwicklung der berufsbezogenen Bildung aber nicht mehr aufzuhalten. Die industrielle Revolution setzte sich auch in Bayern fort, und stellte neue Anforderungen an Beruf und Bildung. 1833 war in Landshut bereits ähnlich wie in anderen bayerischen Städten neben der bestehenden berufsbezogenen Sonn- und Feiertagsschule die königliche „Gewerbeschule im Isarkreis“ eröffnet worden. Und 1905 war es dann endgültig so weit: Die in eine gewerbliche und eine kaufmännische Abteilung gegliederte, obligate Fortbildungsschule nahm als Nebenanstalt der königlichen Realschule am Landshuter Marienplatz den Unterricht auf. Damit konnten die über 100 Jahre früher begonnenen Entwicklungen schulischer beruflicher Bildung fest institutionalisiert werden. Mit Recht wird das Statut des Stadtmagistrats für die Fortbildungsschule vom Juli 1905 als die Geburtsurkunde der beiden heutigen Landshuter Berufsschulen angesehen.

Als die ersten allgemeinen Fortbildungsschulen Ende des 19. Jh. in ganz Deutschland entstanden waren, da hätte man diese noch kaum als „Berufsschulen“ kennzeichnen können. Sie waren eine Reaktion auf das sog. „Jugendlichenproblem“, das in einer beträchtlichen Zunahme der Jugendkriminalität zum Ausdruck kam. Zwar war „die Erhöhung der Erwerbstüchtigkeit“ bereits als Ziel der allgemeinen Fortbildungsschulen proklamiert worden. Dennoch stand ihre disziplinierende gesellschaftliche Funktion anfangs im Vordergrund – allerdings mit zweifelhaftem Erfolg, denn die Schulen waren, wie Kerschensteiner später schrieb, „den Schülern gleichgültig, den Meistern lästig, den Lehrern ein Gegenstand vergeblicher LiebesmüÙe“. Der 1892 gegründete deutsche Verein für das Fortbildungsschulwesen strebte daher eine grundsätzliche Reform der Fortbildungsschulen an und trat 1899 mit der entschiedenen Forderung an die Öffentlichkeit, aus der Fortbildungsschule müsse endlich eine wahre Berufsschule werden, eine Schule, die inhaltlich Bezug nimmt auf die seit Jahrhunderten z. B. im Handwerk praktizierte Lehrlingsausbildung, mit dem Ziel, die leistungsfähige Teilnahme der Fortbildungsschüler am Arbeitsleben zu fördern. Es war der Durchbruch eines inhaltlich neuen Bildungs- und Schulgedankens, den sich auch die neue Fortbildungsschule von 1905 in Landshut nutzbar machen konnte.

Dass die Idee einer reformierten Fortbildungsschule als berufliche Schule Wirklichkeit werden konnte, dazu trugen auch die bildungstheoretischen und die pädagogisch-didaktischen Erkenntnisse des renommierten Bildungsphilosophen Eduard Spranger und des in München als Stadtschulrat wirkenden und ebenfalls weit über die regionalen Grenzen hinaus bekannten Pädagogen Georg Kerschensteiner entscheidend bei. Beiden gelang es, gegenüber dem in der damaligen Pädagogik immer noch vorherrschenden neuhumanistischen Bildungskonzept Wilhelm von Humboldts mit seiner Überbetonung des Humanistischen, Utilitätsfeindlichen nun den Bildungswert auch der beruflichen Bildung herauszustellen. Berufliche Bildung wurde als im Vergleich zur sog. Allgemeinbildung gleichwertig legitimiert. Besonders Georg Kerschensteiner, einer der bedeutendsten Reformpädagogen Deutschlands, gilt als „Vater der Berufsschulen“ und trug die Erkenntnis vom Bildungswert praktischer Arbeit mit seiner Arbeitsschulbewegung auch weit in das übrige Schulwesen hinein. Kerschensteiner hatte das beruflich organisierte Fortbildungsschulmodell in München durchgesetzt und in seiner Schrift „Staatsbürgerliche Erziehung der deutschen Jugend“ im Jahre 1901 mit einer schlüssigen Legitimationsgrundlage ausgestattet. Erziehung zu Arbeit und Beruf und Erziehung durch Arbeit und Beruf, das ist der Kern seiner Berufsschultheorie.

Begründet durch die Bildungstheorien Sprangers und Kerschensteiners hatten die deutschen Berufsschulen neben ihrer berufstheoretischen und berufspraktischen Zielsetzung damit einen ganzheitlichen Bildungsauftrag, in dem Allgemein- und Berufsbildung ebenso ineinander fließen wie Kopf, Herz und Hand gemäß Pestalozzi zu wahrer Menschenbildung vereint werden sollen. Es gab und gibt keinen Grund, herablassend auf die angeblich „nur“ auf Utilität ausgerichtete „Ausbildung“ herabzublicken und ihr die eigentliche „Bildung“ entgegenzuhalten. Ob es inzwischen durchgehend gelungen ist, die erkannte Gleichwertigkeit von Berufsbildung und sog. Allgemeinbildung auch bildungspolitisch zu realisieren, darüber mögen noch manche Zweifel angebracht sein. Noch heute sind die beruflichen Bildungswege nicht ganz frei von Sackgassen und noch heute bedürfen berufliche Inhalte häufiger der Bildungsrechtfertigung als traditionelle Inhalte des gymnasialen Kanons. Wir alle sollten nicht nachlassen, der Berufsschule im Besonderen und der beruflichen Bildung allgemein die ihr zukommende Geltung zu verschaffen und den Bildungsgrad eines Menschen mit den daran geknüpften schulischen und gesellschaftlichen Aufstiegschancen nicht nur nach seinem Wissen etwa in Literatur und Geschichte, sondern ebenso nach dem Grad seiner beruflichen Meisterschaft zu bemessen.

Bis zum 2. Weltkrieg hatten die Fortbildungsschulen, die „Berufsschulen“, wie sie bald auch offiziell hießen, erhebliche Mühe, den legitimationsträchtigen Kern dieser Schulen, ihre didaktische Fokussierung auf den Beruf, in der Realität zu erhalten. Zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit mussten in erheblichem Umfang sog. „arbeiterzieherische Kurse“ für jugendliche Arbeitslose und Jungarbeiter durchgeführt werden. Diese Funktion der Jugendfürsorge bedrohte zeitweise die eigentlichen Aufgaben der Berufsschulen - ein Problem, das mit der steigenden Zahl an Jugendlichen ohne Auszubildungsverhältnis auch heute wieder aktuell werden könnte.

Nach dem 2. Weltkrieg konnte der Berufsschulunterricht in Landshut im März 1947 wieder aufgenommen werden, wobei die Verzögerung eher damit zu tun hatte, dass die Gebäude inzwischen anderweitig belegt worden waren, keineswegs damit, dass die Berufsschule etwa in Frage gestellt worden wäre. Im Gegenteil:

Das Berufsschulwesen war in der zwischen der amerikanischen Militärregierung und der bayerischen Unterrichtsverwaltung hitzig geführten Reformdiskussion der Nachkriegszeit der einzige Schultyp, dem die Besatzer nahezu uneingeschränkte Wertschätzung entgegen brachten. Die sprichwörtliche Tüchtigkeit und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Deutschen wurde wesentlich dem hohen Standard der beruflichen Schulen zugeschrieben. Zur positiven Bewertung der deutschen Berufsschulen trug übrigens nicht zuletzt bei, dass Georg Kerschensteiner aufgrund damaliger Kontakte und wohl auch wegen seines theoretischen Rückgriffs auf die pragmatistische Philosophie in amerikanischen Pädagogenkreisen immer noch ein hohes Ansehen genoss. Und Kerschensteiners pädagogischer Anspruch, in die Berufsschule auch staatsbürgerliche Erziehung einzubeziehen, kam den Wünschen der amerikanischen Umerziehungspolitik ebenfalls entgegen.

Die Berufsschule in Landshut wuchs und war 1955 im Jahr ihres 50-jährigen Jubiläums mit ihren über 3500 Schülerinnen und Schülern die größte Berufsschule Niederbayerns. Die Raumknappheit war inzwischen derart eklatant geworden, dass man sich gezwungen sah, mit dem Unterricht sogar in ein Güterabfertigungsgebäude und in den Gasthof Ainmiller auszuweichen. Die Raumprobleme wurden gelöst, neue entstanden und in diesem Wechsel ging es offenbar bis in unsere Zeit hinein weiter. Ich will darauf und auf die anderen wichtigen Stationen der Entwicklung aber nicht im Einzelnen eingehen, denn Sie können sich schon auf den anschließenden Film über die Geschichte der Landshuter Berufsschulen freuen, in dem all das sehr eindrucksvoll dargestellt werden wird.

In die bildungspolitische Reformdiskussion, die in den sechziger Jahren eingesetzt hatte und seither im Grunde nicht abgerissen ist, wurde auch die berufliche Bildung zunehmend einbezogen. Der Deutsche Bildungsrat machte die Forderung nach Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung zu einer Kernforderung in der öffentlichen Bildungsdebatte. Es war der Anstoß für eine zunehmende Ausdifferenzierung des beruflichen Schulwesens und für den Ausbau des sog. „Zweiten Bildungsweges“.

1969 konnte die Berufsschule Landshut mit der inzwischen angegliederten Berufsaufbauschule einen besonders wichtigen Meilenstein in der Entwicklung der beruflichen Bildung in Deutschland erleben. Am 1. September 1969 trat das erste deutschlandweite Gesetz zur Regelung der beruflichen Aus- und Fortbildung, das Berufsbildungsgesetz in Kraft. Nach der 50 Jahre dauernden Diskussion um einheitliche gesetzliche Grundlagen wurde dieses Gesetz von allen Seiten als gute Basis für die notwendige Aufwertung der beruflichen Bildung begrüßt, wenngleich klar war, dass ein Bundesgesetz zwar den betrieblichen Teil der Ausbildung normieren, nicht jedoch die in der Kultushoheit der Länder verbleibenden beruflichen Schulen hinreichend einbeziehen konnte. Auch in den Berufsschulen haben wir uns aber jetzt daran gewöhnt, dass Lehrlinge nach 1969 „Auszubildende“ heißen und die früheren Lehrherren jetzt „Ausbildende“ sind.

Es dauerte mehr als drei weitere Jahrzehnte, bis das Berufsbildungsgesetz zum 1. April dieses Jahres 2005 umfassend weiterentwickelt werden konnte. Berufsschulen und Lehrerverbände haben ja bereits ausführlich begründet, dass auch dieses neue Gesetz die Grundanliegen der beruflichen Schulen noch nicht hinreichend erfüllt. Dennoch: Dieses Reformgesetz birgt einige neue Möglichkeiten. Es kann die Ausbildungschancen der Jugendlichen verbessern, es kann zur weiteren Qualitätssteigerung der beruflichen Bildung mit Blick auf den internationalen Wettbewerb beitragen. Es ermöglicht eine stärkere regionale Verantwortung und auch eine bessere Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungswegen. Berufsschule und Betrieb haben jetzt einen erweiterten Spielraum, neue regionale Formen eines dualen Ausbildungsverbands, auch unter Trägerschaft der Berufsschule, zu vereinbaren. Hinzu kommen neue Möglichkeiten der Prüfungsgestaltung, die auch für die Berufsschulen von großem Interesse sind. Den Ländern wurde die Möglichkeit eröffnet, auch schulische Berufsausbildungszeiten wie betriebliche Ausbildungszeiten anzurechnen. Eventuelle ausländische Ausbildungsabschnitte sind jetzt erstmals als gleichwertige Bestandteile in die Ausbildung integrierbar. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die Aktivitäten zur Verbesserung der wechselseitigen Anrechnung von Qualifikationen in der Europäischen Union. Dazu sollen ein einheitlicher europäischer Qualifikationsrahmen und ein Leistungspunktesystem für berufliche Qualifikationen vereinbart werden, um die beruflichen Abschlüsse europaweit miteinander vergleichen zu können, wodurch auch die duale Berufsausbildung bei der Erlangung weiterführender Schulabschlüsse bis hin zur Hochschulreife anrechenbar wird.

Mit den neuen Möglichkeiten der Verknüpfung von nationaler und internationaler Ausbildung, von allgemeinbildenden Schulen und Berufsbildung sowie von Aus- und Weiterbildung eröffnen sich insgesamt neue Perspektiven für das berufliche Fortkommen leistungsbereiter junger Menschen. Die Berufsbildung erhält als Karriereweg einen zusätzlichen Aufschwung, den es auch für die Berufsschulen zu nutzen gilt.

Allerdings bedarf es dafür weiterhin der bildungspolitischen Unterstützung. Erst durch entsprechende Verordnungen des Freistaates kann manches Potenzial des neuen Berufsbildungsgesetzes auch in Bayern real werden. Und es ist an der Bundesregierung zu erreichen, dass die deutschen Berufsbildungsabschlüsse bei den anstehenden Brüsseler Entscheidungen zum einheitlichen europäischen Qualifikationsrahmen angemessen bewertet werden.

In der beruflichen Bildung geht es nun beileibe nicht ausschließlich um Fragen der Qualifizierung junger Menschen. Wie bereits angesprochen, geht es auch um deren Erziehung. Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine große Herausforderung, eine nicht immer dankbare Aufgabe. Wer wüsste das besser als die Lehrer und Direktoren unserer Berufsschulen, hatte es doch bereits bei Eröffnung der neuen Fortbildungsschule 1905 in Landshut Grund zur Klage gegeben und den damaligen Rektor veranlasst festzustellen, ein großer Teil der Schüler „...bekunde eine gewisse Gleichgültigkeit und passive Resistenz gegenüber dem Unterricht.“ Und der Kurier für Niederbayern berichtete bezüglich der jungen Fortbildungsschüler außerhalb des Unterrichts über „...grobe Exzesse, bei denen die mit Pulver geladene Pistole eines Schülers losging und einen Schutzmann an der Hand verletzte.“

Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, dass die hundertjährige Geschichte der Landshuter Berufsschulen voll ist von entsprechenden Anekdoten und pädagogischen Herausforderungen der jeweiligen Zeit. Ob es die wirtschaftlichen Nöte der Familien in der Vorkriegszeit waren, die Boogie-Woogie- und Petticoatkultur der 50er Jahre oder die etwas heftigere, kritischere Jugendszene in den 60ern, ob es die alternativen Lebensformen in den 70ern oder die Rüstungsängste in den 80er Jahren waren oder die New Economy Euphorie in den 90ern - immer sahen sich die Pädagogen gerade in der Berufsschule ganz besonderen Herausforderungen gegenüber. Das hat sich auch in der Berufsschule dieses neuen Jahrtausends nicht geändert. Es ist nicht einfacher geworden, wenn sich so manche Schüler heute (wie schon vor 80 Jahren) angesichts einer von Arbeitslosigkeit bedrohten beruflichen Perspektive tief verunsichert zeigen oder wenn gesellschaftliches Engagement manchmal einem hedonistischen Rückzug in die Privatheit gewichen ist. Trotzdem werden alle Berufsschullehrer bestätigen können, dass eben dieser Umgang mit jungen Menschen ihnen auch viel Freude bereitet. Große Herausforderungen und Freude über sich entwickelnde Persönlichkeiten - beides prägt die Erfahrungen der Berufsschulpädagogen, heute wie vor hundert Jahren.

Kein Wunder, dass sie sich in ihrem pädagogischen Idealismus viel zu wenig um das Wohl ihres eigenen Berufsstandes und insbesondere um eine angemessene Entlohnung ihrer Arbeit kümmern konnten. Ganz so schlecht wie dem Leiter der ersten Landshuter Sonn- und Feiertagsschule Ende des 18. Jahrhunderts geht es den Berufsschulpädagogen heute allerdings doch nicht mehr. Besagtem Schulleiter Forster stand eigentlich ein Jahreseinkommen aus Schulgeldern und aus einem Schulfond, weiterhin Korn aus dem kurfürstlichen Getreidekasten und Brennholz aus dem kurfürstlichen Holzgarten, zusammen im Wert von 535 Gulden und 20 Kreuzern zu. Wenn man berücksichtigt, dass man für einen Gulden immerhin mehr als 2 Kilo Ochsenfleisch bekam, so hätte Direktor Forster damit durchaus gut leben können. Die Rechnung war jedoch eher eine Fiktion, denn ein erheblicher Teil insbesondere des Schulgelds wurde üblicherweise – wie die Chronik berichtet – „schleppend oder gar nicht bezahlt“. Herr Forster hat den Dienst im Landshuter Schulwesen dann auch entnervt verlassen und konnte sich dann erst als Professor eines Lyceums einer standesgemäßen Besoldung in Höhe von immerhin 900 Gulden erfreuen.

100 Jahre Berufsschulen in Landshut - wie kann man ihre Bedeutung nun zusammenfassen? Was haben sie bewirkt und welchen Stellenwert haben sie heute? Nach Art. 11 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen hat die Berufsschule „die Aufgabe, die Schülerinnen und Schüler in Abstimmung mit der betrieblichen Berufsausbildung oder unter Berücksichtigung ihrer beruflichen Tätigkeiten beruflich zu bilden und zu erziehen und die allgemeine Bildung zu fördern.“ Ohne Übertreibung kann man feststellen, dass die Landshuter Berufsschulen diese komplexe Aufgabe hervorragend gemeistert haben und weiter meistern. Sie sind unverzichtbarer Teil des Dualen Systems der Berufsausbildung, das weltweit hohe Wertschätzung erfährt. Berufsschulen sind Qualifizierungs- und Erziehungseinrichtungen von höchster Bedeutung für die Entwicklung junger Menschen und ermöglichen ihnen die Integration wie das beruflichen Fortkommen in der Berufswelt. Dies ist von ebenso großem Vorteil auch für die betroffenen Betriebe. Denn nicht zuletzt durch die Leistungen der Berufsschulen stehen der Landshuter Wirtschaft qualifizierte, gebildete Persönlichkeiten zur Verfügung, durch die sie im Wettbewerb bestehen und mit denen sie ihre ökonomische Aufgabe zum Nutzen von Stadt, Landkreis und unserer gesamten Gesellschaft erfüllen können. Wenn sich Deutschland im weltweiten Wettbewerb als Exportnation Nr. 1 behaupten kann, so

wäre das ohne die anerkannt hohe Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht erreichbar.

Die Berufsschule erfüllt zusammen mit den Ausbildungsbetrieben aber auch eine gerade in der heutigen Zeit wieder eminent wichtige gesellschaftspolitische Funktion. Die Ereignisse in Frankreich und in manch anderen Ländern zeigen sehr deutlich, welche fatalen Auswirkungen hohe Jugendarbeitslosigkeit und die damit verbundenen Gefahren der Abwendung dieser Jugendlichen von der Gesellschaft haben können. Insbesondere unserer Berufsbildung verdanken wir es, dass die Arbeitslosigkeit Jugendlicher in Deutschland deutlich unter dem Durchschnitt der anderen europäischen Länder liegt und dass sie bei uns nur leicht über der allgemeinen Arbeitslosenquote aller Erwerbsfähigen liegt, während sie europaweit erheblich höher ist.

Die Berufsschule II in Landshut formuliert in ihrem Leitbild: „Wir leisten mit unserer pädagogischen Arbeit in der beruflichen Bildung einen wesentlichen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen und zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in unserer Region.“ Diesen Anspruch erfüllen beide Landshuter Schulen in vollem Umfang.

100 Jahre Landshuter Berufsschulen - das ist eine Erfolgsgeschichte. Allen in der jeweiligen Zeit Verantwortlichen gebührt dafür großer Dank, heute namentlich den amtierenden Direktoren, Herrn Oberstudiendirektor Cikanek und Herrn Oberstudiendirektor Obermaier, der gesamten Lehrerschaft und nicht zuletzt allen Schülerinnen und Schülern, die ja die Hauptpersonen jeder Bildungsstätte sind.